35. Jahrgang | Bochum, den 9. Juni 1923 | Nummer 23

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Scheck-Konto: Hannover 57613 Scheck-Konto: Essen . . . 24171 Der Abonnementspreis beträgt durch den Boten oder durch die Post bezogen monatlich 600 Mark. — Fest- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen

Verantw. für den Inhalt: Karl Schudy, Bochum. Druck: H. Hansmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42

Telephon-Nummern: 88, 89, 98
Telegramm: Altverband Bochum

Wir klagen an! Wir warnen!

Die Opfer der Unruhen: vierzig Tote, dreihundert Verwundete.

Neun Jahre Krieg! So kann man sagen, denn nach dem Krieg der Imperialisten, der 35 Millionen Menschen tötete oder zu Krüppeln machte, haben wir in Deutschland noch 4½ Jahre inneren Krieg gehabt. Krieg mit Waffen vom Maschinengewehr bis zu Revolver und Gummiknüppel. Ist's immer noch nicht genug? Muß immer wieder der wahnsinnige Glaube an die rettende Gewalt anferstehen und neues Elend über das Volk bringen? Kehrt nicht endlich einmal Vernunft bei einem so großen Teil der Volksmehrheit ein, daß jeder Putsch einer Minderheit von vornherein so rettungslos zur Erfolglosigkeit verurteilt ist, daß niemand ihn mehr wagt?

Schwer lastet heute und noch auf lange Zeit hinaus die Faust der Sieger auf uns. Immer mehr zertrümmern sie unsere Wirtschaft, vernichten unsere Kraft zur Wiedergutmachung, bringen Jammer und Elend in Tausende Familien Ausgewiesener, rauben uns den polizeilichen Schutz gegen Verrückte und Verbrecher. Aber gerade deshalb sind Putsche Wahnsinn, der nur zerstört und nicht aufbaut!

Wir kennen die Not und die Verzweiflung des armen Volkes, unserer Kameraden und ihrer Frauen. Wir begreifen, wenn sie sagen: „Lott laupen wat löpt, et es doch alles egal, et gäiht doch alles kaputt!" Wir begreifen, wenn aus diesem Fatalismus heraus unsere Kameraden es leid wurden, sich immer und immer zu wehren gegen linksradikale Gewalthelden und ihren unorganisierten und verbrecherischen Anhang. Und doch muß dieser Fatalismus verschwinden! Unsere Kameraden müssen schützen, was sie jahrzehntelang aufgebaut haben, weil wir unsere Organisation und ihre Macht in Zukunft noch mehr brauchen wie bisher!

Mag die Ruhraktion noch so erträglich für uns auslaufen, schwer sind die Lasten, die Deutschland zu tragen hat, schwer die inneren Kämpfe, die sich um die Verteilung dieser Last entwickeln werden!

Deshalb ist es notwendig, daß wir aus dem Chaos der letzten Wochen lernen, was not tut. Deshalb wollen wir hier die Verantwortlichkeit feststellen, um nach allen Seiten zu warnen und unsere Kameraden neu zu festigen in der Erkenntnis, daß Gewalt immer vom Uebel ist und daß das Heil der Arbeiterklasse nur in der auf jahrzehntelange Erfahrung zurückblickenden festen, geschlossenen Organisation liegt.

✿ ✿ ✿

Unsere Revierkonferenz,

die am 31. Mai in Bochum zu der Lage im Revier und zu den neuen Lohnvereinbarungen Stellung nahm, war von 235 Delegierten besucht. Noch selten hatten wir eine von so einmütiger Stimmung getragene Konferenz zu verzeichnen. Von der Entschließung wurden die ersten beiden Absätze bis „auszukommen" und der letzte Absatz einstimmig angenommen. Gegen den dritten Absatz stimmten 11, gegen den vierten 12, gegen den fünften 18 und gegen den vorletzten Absatz 15 Delegierte. Das ist ein so kleiner Prozentsatz und unter dieser „Opposition", wie sie ein Kamerad nannte, steckt so viel Anhänglichkeit an den Verband, daß wir diese Opposition nicht tragisch zu nehmen brauchen.

Weil wir unseren Platz in dieser Nummer für Wichtigeres brauchen, sei von der Konferenz nur kurz gesagt:

Kamerad Schmidt berichtete über die Lohnverhandlungen im Mai. Er schilderte, welche Widerstände den Forderungen der Verbände von der Regierung und von den Unternehmern entgegengesetzt worden seien. Er brachte scharf zum Ausdruck, daß die bisherigen Methoden der Lohnfestsetzung dazu führen, daß die entstandene und bis zur Lohnzahlung entstehende Teuerung nicht genügend abgegolten wird. Der Verbandsvorstand halte es für ganz selbstverständlich, daß mit der steigenden Teuerung neue Lohnforderungen gestellt würden. Gegenüber einer falschen Behauptung in der kommunistischen Presse teilte Kamerad Schmidt mit, daß eine Kommission der Union zwar in Berlin im Arbeitsministerium gewesen sei, sich aber in keiner Weise an den eigentlichen Lohnverhandlungen beteiligt habe.

Kamerad Husemann gab eine Uebersicht über den Verlauf der wilden Streikbewegung, mit welcher der Bergarbeiterverband nichts zu tun habe und die er als gewerkschaftlichen Streik nicht anerkennen werde.

In der Debatte kam aus jedem Bezirk ein Redner zu Wort. Wie ein roter Faden zog sich durch alle Ausführungen die Auffassung, daß die Entwicklung der Dinge im Ruhrgebiet nicht so schlimm hätte werden können, wenn Regierung und Unternehmer in der Lohnfrage nicht so stark gebremst hätten und wenn die Regierung in der Lage gewesen wäre, die Preisentwicklung zu beeinflussen. Eine Anzahl Redner traten für die Schaffung einer anderen Löhnungsmethode ein und verlangten, daß ein Weg gesucht werde, um zu wertbeständigen Löhnen für den Bergbau zu kommen. In der schärfsten Weise wandten sich alle Redner gegen die Taktik, wie sie in dieser Bewegung von kommunistischer, unionistischer und syndikalistischer Seite geübt worden sei. Die neue Lohnerhöhung wurde mit Rücksicht auf die zu erwartende weitere Preissteigerung für ungenügend erklärt und sofortige neue Lohnverhandlungen verlangt.

In einem Schlußwort faßte Kamerad Husemann die Lehren der jüngsten Bewegung zusammen und ersuchte, nach wie vor für die Praxis gesunder gewerkschaftlicher Grundsätze und für die Stärkung des Verbandes einzutreten. Mit Begeisterung wurde das von ihm ausgebrachte Hoch auf den Verband von den Delegierten aufgenommen.

Die angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Die am 31. Mai 1923 in Bochum tagende Konferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands stellt fest:

Die Streiks und Putsche der letzten Wochen mit ihrem Gefolge von Gewalt, Mord und Bürgerkrieg konnten nur erwachsen aus dem Boden der Verzweiflung, wie er geschaffen wurde durch die wahnsinnigen Preissteigerungen und den immer mehr sich erweiternden Abstand zwischen Einkommen und Lebensbedarf. Verantwortlich für diese Entwicklung sind die Kreise, welche durch Spekulation und Wucher die Markentwertung und Preissteigerung förderten, aber auch die Reichsregierung mit ihren fehlerhaften und zögernden Maßnahmen und diejenigen Unternehmerkreise, die auch nach dem neuen Marksturz noch an der Absicht festhielten, ohne rasche und große Lohnsteigerungen auszukommen.

Trotz dieser Verfehlungen verurteilt aber die Konferenz die Art und Weise aufs Schärfste, wie Kommunisten, Unionisten und Syndikalisten die Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf alle gewerkschaftliche Erfahrung in den Streik hetzten, wie sie der Bewegung durch ihre Parolen politische Ziele (Sturz der Reichsregierung usw.) zu geben versuchten, wie sie ferner durch rohe Gewalt Zeche nach Zeche zur Arbeitsniederlegung zwangen und damit die Gegenwehr der nicht putschistisch gesinnten Arbeiter, die Abwehr von Polizei, Feuerwehr und Selbstschutz provozierten.

Diesen kommunistisch-unionistisch-syndikalistischen und anderen Provokateuren fällt die Schuld zu für alles unnötig vergossene Blut, für allen materiellen und moralischen Schaden, den die Bewegung angerichtet hat.

Die neue Lohnregelung im Bergbau, die von der Union als die „bisher erfolgreichste" bezeichnet wird, bleibt prozentual zurück hinter verschiedenen früheren Lohnerhöhungen, sie berücksichtigt auch nicht genügend die von Tag zu Tag steigende und die in der nächsten Zeit zu erwartende Teuerung. Trotzdem entscheidet sich die Konferenz angesichts der Gesamtlage für die Annahme der Vereinbarung, beauftragt jedoch den Vorstand, sofort entsprechende Schritte zu weiteren Lohnerhöhungen einzuleiten.

Die Konferenz billigt ausdrücklich die Haltung des Verbandsvorstandes zu der Streik- und Putschbewegung und fordert die Kameraden auf, mit aller Energie die altertrobten gewerkschaftlichen Grundsätze und damit Bestand und Schlagkraft des Verbandes aufrecht zu erhalten.

Die Konferenz nimmt mit Erstaunen und Entrüstung Kenntnis von den Forderungen, welche der Reichsverband der deutschen Industrie als Bedingungen für seine in erstaunlich geringem Umfang angebotene Garantie für deutsche Reparationsleistungen bezeichnet. Die Forderungen bedeuten eine so starke Bedrohung dessen, was die Arbeiterschaft auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet errungen hat, sie bedeuten damit eine so große Gefahr für eine vernünftige Entwicklung der Produktion, daß der Verband der Bergarbeiter Deutschlands zu der ernsten nachdrücklichen Erklärung genötigt ist, daß er sich der Verwirklichung dieser Pläne mit allen Mitteln widersetzen wird."

Diese Entschließung unserer Revierkonferenz vom 31. Mai kennzeichnet kurz und klar die Verantwortlichkeiten an den jüngsten Vorgängen.

✿ ✿ ✿

Die tiefere Ursache der Bewegung

ist die Not des Volkes. Ohne die Verzweiflungsstimmung, in der sich weite Kreise der Arbeitnehmerschaft infolge der wahnsinnigen Preise und der unzureichenden Löhne befanden, wäre die Unruhe im Bezirk nicht so groß geworden. Selbst die „Rhein.-Westf. Ztg." mußte die ungenügenden Löhne zugeben. Sie führte zu der Frage aus:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch die gemäßigteren Elemente in den Gewerkschaften eine unbedingte Erhaltung des Arbeitsfriedens, der für eine erfolgreiche Weiterführung des Ruhrkampfes unbedingt erforderlich erscheint, nicht durchzusetzen vermögen, wenn durch die übelsten Machenschaften die deutsche Währung zerrüttet wird und die Teuerung überhandnimmt. Wir haben niemals ein Hehl daraus gemacht, daß diese neuen Ausschreitungen gewissenloser Börsenspekulanten, wenn auch allein das Schicksal der Mark nicht entscheiden, aber immerhin doch wohl durch ihre Operationen eine entsprechende Atmosphäre schaffen und auf jeden Fall aufs schärfste zu brandmarken sind. **Jetzt hat diese Entwicklung einen Grad erreicht,** daß selbst der Kampf um unsere nackte Existenz, der mit dem größten Aufgebot nationaler Energie an der Ruhr geführt wird, und geführt werden muß, **durch diese Maulwurfsarbeit gefährdet erscheint.** Zwar hat man hier keinen Zweifel, daß die kommunistischen Putschversuche im Ruhrgebiet starke separatistische Tendenzen zeigen und unter wohlwollender Duldung und Förderung der Besatzungsbehörde dem passiven Widerstand das Wasser abgraben sollen. Freilich kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens, die durch die gegenwärtigen Lohnkämpfe noch mehr vergiftet wird, auch im unbesetzten Gebiet politische Auswirkungen wirtschaftlicher Unzufriedenheit mit sich bringen kann. Freilich spricht viel dafür, daß diese Auswirkungen nicht allzu weit um sich greifen dürften, und sich in jedem Fall lokal beschränken lassen. Der gärenden Stimmung ist freilich ihr Urgrund nur dadurch zu entziehen, daß die wahren Ursachen behoben werden."

Die Lohnerhöhung von 1760 Mk. für die Zeit vom 1. bis 15. Mai wurde von den Bergarbeiterorganisationen abgelehnt und sofort neue Lohnforderungen gestellt. Die dann vereinbarte Lohnerhöhung betrug durchschnittlich 3500 Mk. je Schicht. Jetzt wurden beide Lohnerhöhungen vorläufig angenommen, aber wiederum wegen der rasenden Preisentwicklung sofort neue Forderungen gestellt, die dann ab 1. Juni eine neue Zulage von durchschnittlich 10000 Mk. je Schicht brachten. Keine dieser Lohnerhöhungen entsprach unseren Forderungen und der Teuerung bis zu dem Tag, an dem die Bergleute ihren Lohn in die Hand bekommen. Ganz besonders die Lohnerhöhungen ab 1. und 16. Mai waren ungenügend. Der Durchschnittslohn ab 9. Februar bis zum 1. Mai (im Gesamtdurchschnitt der Belegschaft) betrug 13522 Mark, im Gesamtdurchschnitt des Monats Mai betrug er 14786 Mark je Schicht. Während die Preise im März und April nur langsam anzogen, setzte Ende April nach dem Marksturz die rasende Entwicklung ein. Die uns vorliegende Preisliste eines großen Konsumvereins zeigte für eine Anzahl lebensnotwendiger Waren, die am 1. Juli 1914 = 1351 Mk. gekostet hatten, am 1. März 1923 einen Preisstand von 86430 Mk. und am 25. Mai einen solchen von 134955 Mark! Das ist eine Steigerung um das 998fache! Schuhe und Textilwaren sind noch verrückter im Preise gestiegen und so kann man ermessen, wie es in den Familien der Bergleute aussah, wo der Durchschnittslohn auf 14786 Mk. oder dem 2688fachen, der Hauerlohn auf 18782 Mk. oder auf dem 3414fachen des Friedenslohnes stand. Selbst die reichsamtliche Indexziffer zeigte bereits für den Aprildurchschnitt eine Verteuerung um das 2954fache! Der Dollar erreichte am 31. Mai einen Stand von über 70000 Mk., der Durchschnitt beträgt 47591,95 Mk., das sind 94,6 Prozent über den Aprildurchschnitt von 24456,56 Mk.! Danach kann man die Preisentwicklung der nächsten Zeit ermessen! Dabei können wir keine Lohnregelung als erträglich ansehen, die sich lediglich auf diese Reichsindexziffern stützt. Die Zahlen sind Stichzahlen von einigen Tagen im Monat, die Grundsätze, nach denen sie von den einzelnen Städten geliefert werden, sind nicht einheitlich. Wenn man bei der Tatsache, daß Kleinhandelspreise immer rascher den Großhandelspreisen folgten, die Lebenshaltungskosten für Mai aus dem Mittel zwischen Lebenshaltungs- und Großhandelsindex vom April (amtlich) errechnet, so kommt man auf eine 4083fache Erhöhung der Lebenshaltungskosten im Mai.

Bei der Regierung und den Unternehmern ruht für die Zukunft die volle Verantwortung für die Ruhe im Ruhrgebiet!

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt:

„Es darf jedoch nicht verhehlt werden, daß ein Ruhezustand nur dann geschaffen wird, wenn Regierung und Unternehmer schneller und energischer, als es bis jetzt geschehen ist, die Situation erfassen und dementsprechend handeln."

Wenn selbst die „Köln. Ztg." in bezug auf die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung im Ruhrgebiet schreibt,

„es darf nicht so sein, daß das Ruhrgebiet ebenso behandelt wird wie die übrigen Teile Deutschlands",

so wird man wohl einsehen, daß wir Recht haben zu eindringlicher Warnung an Regierung und Unternehmer.

Wenn am 28. Mai Bergarbeiterlöhne für Juni festgesetzt werden, so ist es untragbar, sie festzusetzen nach der amtlich errechneten (von uns als unzulänglich bestrittenen) Teuerung bis zum 22. oder 25. Mai! Wir kennen die Gesetzmäßigkeit, mit der sich die Kleinhandelspreise den Großhandelspreisen und dem Dollarstand anpassen und müssen deshalb verlangen, daß dieser Entwicklung vorausschauend Rechnung getragen wird.

Schon diesmal war der Widerstand weiter Kreise vernünftiger, organisierter Arbeiter gelähmt durch das Gefühl, daß der Arbeiterschaft bitteres Unrecht geschieht. Wird dies Unrecht nicht beseitigt, so kann in Zukunft keine Organisation irgendeine Garantie dafür übernehmen, daß die hungernden Volksmassen sich in den Grenzen herkömmlicher und wünschenswerter Ordnung halten.

Man muß sich fragen: War diese Entwicklung nötig? Wir sagen: Nein! Sie ist wesentlich mit verschuldet durch das Versagen der Reichsregierung und die Profitwut und Spekulation von Industrie, Handel und Finanz. Die Gewerkschaften haben auf Lohnforderungen verzichtet, als bis Mitte April die Preise nur geringfügig stiegen. Als der Dollar dann infolge der volksverräterischen Spekulationen der Geldleute

sprunghaft stieg, versagte auch die Regierung bei der Niederhaltung der Preise und trotzdem blieb sie wie die Industrie bei dem Bestreben, auch noch weiterhin die Löhne niedrig zu halten. Das mußte zu einer Erschwerung der Lebenshaltung der breiten Volksmassen führen, die unerträglich wurde und den Boden für linksradikale Verhetzung bot.

Alle Wirtschafts-, Finanz- und Regierungskreise, die gegen die Forderungen der Gewerkschaften diese Entwicklung geduldet und gefördert haben, sind mitschuldig an dem Elend im Ruhrgebiet, dem vergossenen Blut und dem angerichteten Schaden.

Der Reichsbankdirektor Havenstein hat versucht, Wirtschafts- und Finanzkreise in Schutz zu nehmen vor gewissen Vorwürfen, auf keinen Fall will er Vorwürfe erheben gegen einzelne Personen oder einzelne Gruppen. Aber gerade seine Ausführungen sind ein

vernichtendes Urteil über die Profitwut, den Eigennutz, die landesverräterische Rücksichtslosigkeit gegen das eigene Volk,

wie sie in den letzten Wochen besonders kraß zutage trat!

Havenstein hat in der ersten Sitzung des Reichstagsausschusses zur Untersuchung der Ursachen des Marksturzes zwar keine Vorwürfe gegen bestimmte Personen erhoben, aber seine Verurteilung der gewissenlosen Spekulationen und der Börsenzurückhaltung wiederholt. In dem Existenzkampf des deutschen Volkes, sagte er, gehörten die nicht absolut zu brauchenden Devisen nicht in den Kasten, sondern in die Kampffront. Man sei aber sehr enttäuscht worden, man hätte erwartet, daß allermindestens die Hälfte der Dollaranleihe gezeichnet worden wäre, gezeichnet wurde aber nur ein Viertel! Das war eine wesentliche Ursache des neuen Marksturzes, denn, sagt Havenstein:

„Fast mit dem Tage, an dem das geringe Ergebnis der Anleihe klar lag, setzte der neue Ansturm auf den Devisenmarkt ein. Das Ausland beruhigte sich nach wenigen Tagen, nachdem es kolossale Summen von Mark auf den Markt geworfen hatte. Aber im Inland setzte sich ununterbrochen dieser gewaltige Ansturm auf den Devisenmarkt fort, so daß von sehr weiten Kreisen der deutschen Wirtschaft und des Publikums die Stellung gewechselt wurde und sie wieder in erster Linie an sich dachten, ohne zu bedenken, daß sie damit — nicht bewußt, diesen Vorwurf erhebe ich nicht — den Kampf schwächten, der nur gemeinsam mit Einsatz aller Kräfte durchgeführt werden kann.

Die Summen, die an Devisen angefordert wurden, sind so gewaltig, daß sie beweisen, daß von allen Seiten oder von fast allen Seiten der deutschen Wirtschaft der Gedanke an das Eigeninteresse in den Vordergrund gestellt wurde und jeder das Bestreben hat, nunmehr weit über den Bedarf der unmittelbaren nahen Zukunft hinaus sich einzudecken, für die weitere Zukunft auf Vorrat oder für abgestoßene Devisen neue zu erwerben."

Herr Havenstein lehnte es ausdrücklich ab, Vorwürfe gegen Einzelne oder einzelne Gruppen zu erheben, die Panikstimmung sei aber allgemein gewesen!

Es bleibt aber dabei, daß diese Devisenhamsterei in erster Linie verantwortlich ist für den neuen Marksturz, die neue Teuerungswelle und die daraus entstandene Verzweiflung der hungernden Massen!

Herr Havenstein sollte sich darüber eigentlich nicht wundern oder entrüsten. Zur Entrüstung hätte er Grund genug in seiner nächsten Umgebung. Wie der Vorwärts berichtete, beschäftigte man sich kürzlich im Reichsbankdirektorium mit der Lage der Reichsbank. Dabei kam zur Sprache, daß der Goldbestand der Reichsbank, wenn man die Markstützung weiter betreiben wolle, in ein bis zwei Jahren aufgebraucht und damit die Reichsbank erledigt sei. Angesichts dieser Möglichkeit tauchte sofort die Frage auf: Wie sichern wir, d. h. die Reichsbankbeamten, dann unsere Pensionen? Allerdings, wer in einem solchen Glashaus sitzt, tut nicht klug, mit Steinen zu werfen!

✡ ✡ ✡

Trotz alledem war der Generalstreik Unsinn!

Dieser „Generalstreik" war nicht nur wider alle gewerkschaftliche Regel und Erfahrung, sondern gegen die einfachsten Vernunftbegriffe in Szene gesetzt. Was ist ein Streik? Was hat er für einen Zweck? Doch nur den, die Unternehmer durch Lähmung der Produktion unter Druck zu setzen, damit sie gezwungen sind, bessere Arbeitsbedingungen zu gewähren. Im unbesetzten Deutschland könnte also heute ein Bergarbeiterstreik Sinn und Zweck haben, im besetzten Ruhrgebiet kann von solchem Sinn und Zweck nicht die Rede sein. Hier ist die Kohlenproduktion der Franzosen wegen gedrosselt, wo früher 2000 Wagen gefördert wurden, fördert man heute 100 oder 200 für den eigenen Bedarf. An Verkauf der Kohlen ist nicht zu denken, der Lohn wird für im Augenblick unproduktive Arbeit gezahlt. Konnte man die Unternehmer unter Druck setzen, indem man sie für Tage oder Wochen von der Lohnzahlung befreit?

Sinn und Zweck hatte die Streikhetze nur, wenn man politische Ziele nach Art der kommunistischen damit verfolgte!

✡ ✡ ✡

Wie sie abblieſen.

Die Zentrale der KPD. und der Reichsausschuß der kommunistischen Betriebsräte deuteten in einem Aufruf vom 28. Mai den bevorstehenden Abbruch des Kampfes an. Der Aufruf sagt manches Richtige über das Elend des Volkes, über Sabotage unserer Finanzen und des Kampfes an der Ruhr durch die Besitzenden. Er bemüht sich, den Putsch im Ruhrgebiet als reinen Lohnkampf hinzustellen. Der Aufruf sagt:

„Im Ruhrgebiet gibt es keinen Aufstand. Im Ruhrgebiet gibt es keine Kommunistenputsche. Im Ruhrgebiet steht die hungernde Arbeiterschaft im Streik und hält in ihrem Kampf musterhafte Ordnung."

Das ist nicht die Wahrheit oder wenigstens nicht die ganze Wahrheit.

Wahrheit ist: Streikstimmung war nicht in der Bergarbeiterschaft! Mit Gewalt, unter Führung der Hundertschaften, denen sich alles mögliche Gesindel, sicherlich auch Provokateure von rechts anschlossen, wurde eine Zeche nach der anderen stillgelegt. In verbrecherischer Weise wurden Maschinen und elektrische Anlagen stillgesetzt, das Feuer unter den Kesseln weggerissen, Bergleute, Verbandsfunktionäre in unmenschlicher Weise mißhandelt, ganze arbeitende Belegschaften in der Grube in Lebensgefahr gebracht, herausgeholte Bergleute schwarz in Demonstrationszügen durch die Städte geführt, der Sturm auf die Reste der Polizei organisiert und so Blutvergießen im großem Umfang provoziert!

Nachdem man acht, ja vierzehn Tage den „Bruderkampf" in der gemeinsten Weise geführt, nachdem man nicht Kapitalisten und Reaktionäre, sondern Arbeiter, Arbeits- und Klassengenossen zu Hunderten niedergeschlagen und mißhandelt hat, proklamiert man Streikabbruch, um den „Bruderkampf" zu vermeiden!

In Wirklichkeit sind die Ursachen dieses Verhaltens ganz andere.

In einer Metallarbeiterversammlung in Hörde am 29. Mai erklärte der Kommunist Kraulidat:

„Das Ding (die Streikbewegung) ist der KPD. drei Wochen zu früh gekommen!"

Dieser Ausspruch ist sehr bezeichnend. Er stimmt auch zu dem, was die kommunistische Presse im Anschluß an den Aufruf sagt. Da heißt es in der „Westf. Arb.-Ztg." vom 30. Mai:

„Noch schneller als die meisten es denken, wird die Arbeiterschaft wieder kämpfen müssen! . . . Nur eine kurze Kampfpause steht uns bevor! Nutzen wir sie!"

Die nicht kommunistisch-unionistisch-syndikalistisch orientierten Arbeiter werden aus diesen Worten ihre Lehre ziehen müssen. Der Streikabbruch selbst ist zweifellos auf Befehl der KPD.-Zentrale zurückzuführen, die weitsichtiger ist als die Strategen im Ruhrgebiet, die nun trotz ihrer großen Worte die streikenden Metallarbeiter und Bauarbeiter im Stich lassen und Arbeitsaufnahme empfehlen.

Die Tatsache, daß 95 Prozent der Ruhrbergarbeiter nicht streiken wollten, daß die Streiks fast überall nur möglich waren unter der Bedrohung der Haufen, die unbestritten unter kommunistisch-unionistisch-syndikalistischer Führung standen, trug in sich die Gewißheit des automatischen Zusammenbruches des „Streiks", wenn die Lohnverhandlungen ein einigermaßen annehmbares Ergebnis haben würden. Das Ergebnis ist da: uns befriedigt es nicht, wir sehen voraus, daß die Preisentwicklung sehr bald neue Löhne nötig machen wird, aber die Union und die KPD. sind befriedigter als wir! Sie blasen zum Rückzug, fordern zur Arbeitsaufnahme auf, die auch ohne und gegen sie in wenigen Tagen sich durchgesetzt hätte.

Die Fortsetzung des Terrors durch Fanatiker mit ihren wilden Haufen Nachläufern, die zu einem Teil völlig unorganisiert, zum Teil gar keine Bergleute waren, wäre durch organisierten Selbstschutz unserer Kameraden im ganzen Revier sehr bald gebrochen worden!

Das wußten die Drahtzieher und so zogen sie es vor, zur Arbeitsaufnahme aufzufordern, um Schlimmerem zu entgehen.

Die verführten Bergleute mögen sich bei den kommunistisch-unionistisch-syndikalistischen Drahtziehern bedanken für die Lohneinbuße, die sie erleiden. Die Drahtzieher sind verantwortlich für die Dutzende von Toten und Hunderte von Verwundeten, für die materiellen Schäden, die in die Milliarden gehen.

Nie werden diese Leute die Blutschuld aus dem Mai 1923 von sich abwaschen können!

✡ ✡ ✡

Wie sie den „Erfolg" übertreiben.

Es ist nicht wahr, daß diesmal unter dem Druck des wilden Streiks mit ihrer Begleitung von Terror, Mißhandlung ganzer Belegschaften, Mord und Totschlag mehr erreicht worden sei als jemals vorher. Die jetzige Lohnerhöhung beträgt im Durchschnitt 53 Prozent. Unser Verband hat eine Lohnerhöhung in erheblich stärkerem Ausmaß für notwendig gehalten und gefordert; die Unionisten sind zufriedener mit dem Abschluß als wir. Sie vergrößern den Erfolg unserer Unterhändler, um für sich etwas mehr buchen, ihrer Blutschuld etwas mehr entgegensetzen zu können. Wie unwahr die Behauptung der Kommunistenpresse ist, die jetzige Lohnerhöhung sei

„das größte Lohnzugeständnis, zu dem die deutschen Unternehmer bisher in den letzten Monaten gezwungen worden sind"

zeigt die nachstehende Tabelle über die Lohnerhöhungen seit Anfang des Jahres 1922:

	Tariflicher Gedingearbeiter-Durchschnittslohn		Steigerung gegen den Vormonat	
Januar	106,99	Mk.		
Februar	119,63	„	11,8	Prozent
März	139,99	„	17,0	„
April	185,27	„	32,3	„
Mai	185,28	„	—	
Juni	212,27	„	14,5	„
Juli	253,79	„	19,5	„
August	347,30	„	36,8	„
September	684,25	„	**97,0**	„
Oktober	837,70	„	22,3	„
1.—15. November	1255,80	„	50,0	„
ab 16. „	1922,80	„	**79,7**	„
Dezember	2753,10	„	43,2	„
1.—11. Januar 1923	3478,—	„	26,3	„
12.—31. „	4653,—	„	**69,0**	„
1.—8. Februar	8265,—	„	47,4	„
ab 9. „	14893,—	„	44,8	„

✡ ✡ ✡

Um den Bruderkampf zu vermeiden!

Die „Union" veröffentlichte am abend des 29. Mai folgenden Aufruf:

An alle streikenden Kameraden!

Ihr habt als Mitglieder der verschiedenen Organisationen von unten auf einen einheitlichen und geschlossenen Kampf geführt um einen menschenwürdigen Lohn. Unter dem Druck Eures Massenwillens ist am Montag, den 28. Mai, in Berlin ein Lohnabkommen vereinbart worden, daß eine Erhöhung des Durchschnittslohnes auf Mk. 28752.— vom 1. Juni ab vorsieht. Dies bedeutet noch lange nicht die Erfüllung Eurer Forderungen, ist jedoch ein größerer Erfolg als bei allen bisherigen Lohnverhandlungen. Es ist selbstverständlich, daß ein noch besseres Ergebnis herausgekommen wäre, wenn die Arbeitsgemeinschaftlichen Organisationsleitungen den spontanen Massenstreik als eigen anerkannt und dadurch einen Druck auf die Grubenherren ausgeübt hätten. Statt dessen haben sie euren Kampf sabotiert und sich jetzt verpflichtet, die Vereinbarung bei den Bergarbeitern durchzudrücken, und dazu den Streikbruch zu organisieren. Angesichts dieser Tatsache rufen wir euch auf um den Bruderkampf zu vermeiden, morgen, Mittwoch, den 30. Mai, in die Betriebe zu gehen und die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen. Wir fordern euch auf, die Geschlossenheit zu bewahren, und bei allen Kämpfen der Zukunft mit demselben Kampfeswillen und derselben Einheitlichkeit eure Sache zu verfechten.

Es lebe die proletarische Solidarität!

Es lebe die Einheitsfront des Bergproletariats an der Ruhr!

Die Zentralstreikleitung. Die Union der Hand- und Kopfarbeiter.

Lügen und Verleumdungen gegen die Gewerkschaften

sind noch nie in dieser Menge und Unverschämtheit verbreitet worden, wie in den Tagen dieses Putsches. Man lese nur das folgende aus der „Westf.-Arb.-Ztg." vom 30. Mai, wo gesagt wird, es wäre

„die Erzwingung einer restlosen Erfüllung der Dortmunder Forderungen möglich gewesen, wenn die Gewerkschaften die Forderungen ihrer Mitglieder aufgenommen hätten. Aber die reformistischen und bürgerlichen Gewerkschaftsführer taten das nicht. Sie selbst wollten die verlangte Lohnerhöhung nicht. Sie haben die Polizei und die Faszisten gegen ihre eigenen Mitgliedermassen aufmarschieren lassen. Sie selbst haben die Mitglieder ihrer Organisationen beschießen, schlagen, mißhandeln, terrorisieren lassen. Sie haben nicht nur zum Streikbruch aufgefordert, sondern zum blutigen Kampf gegen die Streikenden. Die sozialdemokratischen Führer, die mit Feuer und Schwefel gegen die proletarischen Abwehrorganisationen zum Schutz gegen den Faszismus gekämpft haben, organisierten bewaffnete Kampforganisationen gegen die Streikenden. Die Niedertracht ihres Verhaltens übersteigt die Grenzen der kühnsten Phantasie. Die deutsche Bourgeoisie hat um die Hilfe der französischen Truppen gegen die Arbeiter gebettelt und sie erreicht. Und auch dafür haben nicht nur die christlichen, sondern auch die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftshäupter sich voll verantwortlich gemacht."

Die Unverschämtheit dieser Lügen übersteigt alle Grenzen! Wir wollten keine Lohnerhöhung in genügendem Ausmaß, dabei kämpften unsere Vertreter in den Verhandlungen mit Nägeln und Zähnen um jedes Prozent Lohnzulage! Einer nach dem andern von unseren führenden Kameraden bricht uns unter der Last der Arbeit, der Verantwortung, der seelischen Erregung zusammen. Husemann mußte vor kurzem 8 Wochen in Kuraufenthalt bleiben, Wißmann ist noch nicht kuriert seit vorigen Herbst, Mayer ist kürzlich nervös zusammengebrochen und noch arbeitsunfähig.

Wir haben nicht zum Streikbruch und zum blutigen Kampf aufgefordert, sondern wir haben nur unser Eigentum gegen Banditen und unsere arbeitenden Kameraden gegen Radaumacher und Verbrecher geschützt. Es gab keinen berechtigten Streik und deshalb auch keinen Streikbruch. Wo die Macher eine Belegschaft zum Streik zwangen, kamen sie oft erst einen Tag nachher zur Zechenverwaltung, um zu „verhandeln", und wenn sie von dieser an den Zechenverband verwiesen wurden, fiel es keinem Streikführer ein, sich an diesen Vertragskontrahenten im Bergbau zu wenden! **Nicht der Streik war die Hauptsache, sondern der Putsch, das Chaos, der Kampf für die proklamierten politischen Ziele!**

Sollten die Gewerkschaften sich die Bedrohung ihres Eigentums, die Bedrohung und brutale Mißhandlung ihrer Kameraden ruhig gefallen lassen? Am 25. Mai wurde die Feuerwehr in Bochum von Hundertschaften angegriffen, nachdem vorher einige bürgerliche Blätter in Bochum „erobert" und demoliert worden waren. Schießender Anführer bei diesem Sturm auf die Zeitungen war der berüchtigte Falkus mit seinem Revolver, den er auf Grund eines französischen Waffenscheins trägt. (Jetzt endlich, nachdem wir diese Tatsache vor Wochen schon festgestellt, hat die KPD. den Falkus ausgeschlossen.) Falkus war es auch, der in einer Belegschaftsversammlung von Präsident aufforderte, unserem Verbandshaus „einen Besuch" abzustatten. Dem Feuerwehrdepot gegenüber liegt unser Verbandsgebäude, das an diesem Freitagabend schon bedroht wurde. Wäre der Sturm auf das Depot gelungen, dann wäre es bei der Bedrohung selbstverständlich nicht geblieben. Hier war es ganz selbstverständlich, daß wir unser Haus schützten, daß es gegen jeden Angriff gesichert war, es war selbstverständlich, daß die Gewerkschaften die Feuerwehr durch freiwillige Helfer verstärkten und sie so in den Stand setzten, dem Spuk der Hundertschaften ein Ende zu machen.

Wenn die Kommunistenpresse behauptet, daß Spitzel Streikende zu Dynamitattentaten aufzureizen versucht hätten, so geben wir ohne weiteres zu, daß Spitzel und Provokateure hier und da eine Rolle gespielt haben werden. Aber das ist das Schicksal jeder radikalen Bewegung, die die Massen nicht in der Hand behält. Eigentümlich ist es nur, daß die Feuerwehr im Lokale der Bochumer Zentralstreikleitung neben Waffen auch 30 Meter Zündschnur fand.

Aber wir haben Faschisten gegen Arbeiter aufmarschieren lassen? Auch das ist eine unverschämte Lüge! Natürlich kann der junge Kamerad Recht haben, der uns aufgeregt erzählte: „In der Feuerwehr sind Faschisten, ich habe eben einen gesehen, den ich früher schon in einer deutschnationalen Versammlung getroffen habe." Wir bestreiten gar nicht, daß nicht nur einer, sondern eine Anzahl Leute in Feuerwehren und der Polizei sind, die wir lieber dort nicht sähen, die nicht zum Schutz der Republik sich berufen fühlen, sondern die dort nur eine Brotstelle haben oder auch reaktionär sind. Aber solange wir keine ordnungsmäßige Polizei haben, **ist es notwendig, daß Gewerkschafter in großem Umfang die Reste der Polizei verstärken. Das ist der beste Schutz für die Ordnung und gegen den Faschismus.**

Wenn wir genötigt sind, brutale Mißhandlungen unserer Kameraden durch Hundertschafter und durch pöbelhaftes Gesindel, das sich natürlich bei solchem „Klamauk" einstellt, festzustellen, so wollen wir gar nicht bestreiten, daß solche Mißhandlungen auch von der anderen Seite vorgekommen sind. Wir haben selbst, wie unsere Arbeitersamariter, gegen solche Mißhandlungen in der schärfsten Weise Stellung nehmen müssen, um sie zu unterbinden.

Aber das ist ja der Fluch des Bürgerkrieges, daß er bestialischer ist als ein „normaler" Krieg. Deshalb ist jede Maßnahme ein Verbrechen an unserem armen Volk, die den Bürgerkrieg provozierte, statt den Kampf der Arbeiterklasse im Rahmen gesunder Gewerkschaftsstrategie zu führen.

✡ ✡ ✡

Die absolute Abhängigkeit der Union von der KPD.

zu bestreiten, wird im Ernst wohl keinem Menschen einfallen, nachdem im letzten Jahr aus der Union alle beseitigt sind, die nicht nach der Pfeife der KPD. tanzten, erst Bartels und jetzt auch Hammer und Hermanns. Wie die KPD. die Tätigkeit ihrer Mitglieder in Gewerkschaften kontrolliert und vorschreibt, zeigen die Richtlinien des KPD.-Parteitages 1922, in denen es heißt:

„Die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen unterstehen in ihrer ganzen Tätigkeit den Parteiorganen. Diese haben jederzeit das Recht und die Pflicht, die Tätigkeit der Fraktionen zu kontrollieren, bestimmte Anweisungen zu geben, Beschlüsse aufzuheben oder zu korrigieren, nötigenfalls Funktionäre abzuberufen und unter Umständen selbständig Fraktionsversammlungen zu veranstalten. Jede Fraktion ist als Ganzes genau so streng an die Parteidisziplin gebunden, wie jedes einzelne Parteimitglied. Um ein gedeihliches und reibungsloses Wirken unserer Parteigenossen in den Gewerkschaften zu sichern, und um den objektiven Gefahren entgegenzuwirken, die sich durch eine allmähliche Herausbildung einer Arbeitsteilung ergeben, sind alle Parteigenossen verpflichtet, in der Partei und in den Gewerkschaften zu arbeiten.

Damit noch deutlicher als bisher zum Ausdruck kommt, daß die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre der Gesamtpartei untergeordnet sind, tritt an Stelle des bisher gebräuchlichen Namens „Reichsgewerkschaftszentrale" in Zukunft folgende Namensbezeichnung: „Zentrale der KPD., Gewerkschaftsabteilung." Ebenso erhalten alle örtlichen Vorstände der kommunistischen Gesamtfraktionen den Namen: Gewerkschaftsabteilung."

(„Ruhr-Echo", Essen, vom 16. September 1922.)

✡ ✡ ✡

Die politischen Ziele des Putsches

im Ruhrgebiet waren von Kommunisten, Unionisten usw. klar herausgestellt als bewaffneter Kampf für die Rätediktatur mit der Vorstufe: „Arbeiterregierung". In dem Aktionsprogramm der

Union, abgedruckt in der „Union" vom 25. Mai heißt es unter den Forderungen:

„Bildung der Arbeiterregierung anstelle der gegenwärtigen kapitalistischen. Organisierung von Arbeiterhundertschaften und vollständige Bewaffnung aller Arbeiter zur Abwehr gegen die Faschistenbande."

Eine Arbeiterregierung wäre etwas Schönes, wenn sie eine Mehrheit in der Bevölkerung und im Parlament hinter sich hätte. Auch dann könnte natürlich nicht eine Regierung nur aus Männern der schwieligen Faust in Frage kommen, sondern man würde „Arbeiter" im weitesten Umfang unter Einschluß der geistigen Arbeiter aus Industrie, Handel und Landwirtschaft, Arbeiter aller Richtungen darunter zu verstehen haben. Aber eine solche Regierung ist nicht möglich, solange breite Massen der Arbeitenden durch die Methoden des Kampfes von links den Zielen und Organisationen der klassenbewußten Arbeiterschaft entfremdet werden.

Eine „Arbeiterregierung" nach dem Geschmack der KPD. und der Union ist nur möglich auf dem Wege der Gewalt, um den Preis des Bürgerkrieges und sie müßte sehr bald zusammenbrechen oder sich halten mit den Mitteln brutalsten Terrors wie in Rußland.

Daß Union und KPD. das letztere wollen, geht aus ihrer Forderung der Bewaffnung hervor. **Wir wenden uns gegen diese Bewaffnungsparole,** weil sich immer noch gezeigt hat, daß die Waffen, die sich heute in den Händen vernünftiger Arbeiter befinden, binnen kurzem gestreckt werden müssen vor den Waffen des Lumpenproletariats und der Verbrecher. Es gibt keinen sicheren Schutz der auch für die Arbeiterschaft notwendigen Ordnung, als ordentliche, im Geiste und zum Schutz der Republik arbeitende Polizei.

Die Zentrale der KPD. veröffentlichte einen Aufruf an die Ruhrarbeiterschaft („Westf. Arb.-Ztg. vom 26. Mai), in dem zum Kampf aufgerufen wird:

„Für eine Arbeiterregierung, die die Massen sammelt zur Entwaffnung der Faschisten und Bildung des bewaffneten Selbstschutzes der deutschen Arbeiterklasse,

die den Kampf durchführt für die Erfassung der Sachwerte und Milliardenprofite der Ausbeuter,

die sich vereint zum **Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland** zum gemeinsamen Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und zum ernsthaften Kampf gegen die französische Invasion und die Unterwerfung des internationalen Kapitalismus und Imperialismus.

Arbeiter und Arbeiterinnen des Ruhrgebiets! Führt trotz Verrats der VSPD. und der Gewerkschaftsbureaukratie den Lohnkampf siegreich zu Ende! Bildet den gemeinsamen Selbstschutz aller Arbeiter über alle Parteiunterschiede hinweg gegen die Provokationen des Faschismus und die Aufrichtung der Diktatur des Schwerkapitals."

Also auch hier wieder die Aufforderung zum bewaffneten Kampf, zum Bürgerkrieg.

* * *

Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands und Allgemeine Arbeiter-Union.

Wo die KPD. und die Union schreit, schreit die Allgemeine Arbeiter-Union noch mehr. In ihrem „Kampfruf" (Nr. 21) verspritzt sie ihr Gift nicht nur gegen die Gewerkschaften und Sozialisten, sondern auch gegen die Kommunisten. Da liest man:

„Die Stinnes und Thyssen werden durch ihre „sozialistischen" und „kommunistischen" Parlamentarier die deutschen Proletarier wohl noch eine Weile vor ihren Karren spannen, aber dem Weltkapital gegenüber werden sie sich entscheiden müssen."

Mit blutigem Hohn überschüttet der „Kampfruf" die „Soldatenspielerei" der Hundertschaften und sagt über die „Arbeiterregierung":

„Es gibt allerdings Proletarier, die „die Lasten auf die Schultern der Besitzenden" legen wollen. Wie das gemacht wird, weiß aber niemand von ihnen. Auch sie haben ihre „bewährten Führer", die für sie denken, die das Ding schon machen werden in der „Arbeiterregierung". Daß diese „Arbeiterregierung" besser sein wird wie die, deren Organ für „Ruhe und Ordnung" der bewährte Arbeiterführer Noske war, davon sind sie fest überzeugt. Sie sind so fest überzeugt, daß sie schon jetzt für diese „Arbeiterregierung" „Opposition" in den Gewerkschaften machen, Kontrollausschüsse und Hundertschaften bilden und auf Kommando Leichenparaden veranstalten. Würden diese Proletarier aber selbst denken, so würden sie selbst herausfinden, daß sie an der Nase geführt werden von Leuten, die sich auf ihrem Rücken eine gesicherte Existenz geschaffen haben oder dies noch beabsichtigen. Ob die erfüllende Regierung aus Kapitalisten besteht oder aus Stinnessozialdemokraten, oder „Kommunisten", die Werte, mit denen „erfüllt" wird, müssen die Proletarier in den Betrieben schaffen und sich abhungern bis auf die letzte Papiermark. Auch die goldenen Leuchter und die silbernen Löffel, welche diese Proletarier bei ihren Kapitalisten beschlagnahmen wollen, um sie dem französischen Kapital in den Rachen zu werfen, wird das Proletariat für seine eigenen Zwecke gebrauchen, wenn — es ihrer habhaft wird. Außerdem sind das solche lächerlich geringfügigen Bagatellen, die bei den gigantischen Zahlen gar nicht ins Gewicht fallen. Diese „Arbeiterregierung" aber, erst mal in den Sesseln, würde — wie die frühere — sehr wohl wissen, daß sie mit ihren Stützen, mit den Kapitalisten, weit besser fährt. Einige tausend „Intelligenzen" würde sie in den Futterkrippen unterbringen und gegen die rebellischen Proletarier die Schupo und die entwurzelten Faschistenhorden schicken, die für jeden schießen, der sie bezahlt. Entsprechend der größeren Verelendung würden die Proletarier bei dieser „Arbeiterregierung" mehr aufbegehren und auch mehr in ihrem Blute erstickt werden."

* * *

Wem haben die Franzosen geholfen?

Auch bürgerliche Blätter haben berichtet, daß die Franzosen der Feuerwehr in Bochum Waffen, sogar ein Maschinengewehr zur Verfügung gestellt hätten. Das ist nicht wahr! Der Kommandant in Bochum hat, wie andere französische Kommandanten, den Standpunkt eingenommen, daß den Franzosen „der Streit der Parteien" nichts angehe, sie würden nur eingreifen bei Plünderungen, Feuersbrünsten usw. Wenn die Kommunisten sich darüber beschweren, daß örtlich oder zentral an die Franzosen das Ersuchen gestellt worden ist, Polizei zuzulassen, so ist dies deutsche Verlangen durchaus berechtigt. **Wir wollen keine Waffen in der Hand der Bevölkerung, sondern nur in der Hand ordnungsmäßiger Polizei!** Wir bedauern, daß wir die Polizei nicht mehr haben und sehen in dem Ersuchen an die Franzosen, sie wieder zuzulassen, durchaus nichts Unehrenhaftes.

Ganz anders sind Versuche zu bewerten, über die in einer Metallarbeiterversammlung in Hörde am 29. Mai berichtet wurde: Zunächst wurde festgestellt, daß das Mitglied der Hörder Zentral-Streikleitung, der Kommunist Julius Pusch, um seinen Posten in der Zentral-Streikleitung versehen zu können, sich vom Phönix beurlauben ließ, obwohl er seinen ihm tariflich zustehenden Urlaub bereits gehabt hat. Pusch gehörte auch zu den ersten, die Dienstag nachmittags wieder auf der Arbeitsstelle waren. Er nahm, obwohl er Schweißer ist, mit einer Hilfsarbeit vorlieb.

Das führende Mitglied der KPD., Viktor Siech, erklärte in der Versammlung, vor ungefähr 14 Tagen habe in einer kommunistischen Versammlung im „Reinholdushof" ein Redner namens Schleiber-Berlin gesagt:

„Wir haben mit den Franzosen verhandelt. Der französische General stellte an die KPD. das Ansinnen, die Räterepublik auszurufen. Wir haben uns einverstanden erklärt, wenn uns die Franzosen Maschinengewehre und Munition stellen. An dieser unserer Forderung sind die Verhandlungen gescheitert."

Siech wurde von der Versammlungsleitung dreimal gefragt, ob das, was er sage, stimme. Jedesmal antwortete er: „Ja, das stimmt." Diese Aeußerungen sind sehr interessant, vielleicht gelingt es noch, Authentisches darüber festzustellen. —

Am 25. Mai hatten die Putschisten eine Versammlung am Rathaus in Bochum. Als diese Versammlung tagte, kamen französische Offiziere, um die sich Falkus und Genossen drängten. Dann ging Falkus mit einigen seiner Freunde mit den Offizieren ins Rathaus. Als er herauskam, sprach Falkus zu der Menge und erklärte, **die Franzosen seien einverstanden, daß die proletarischen Hundertschaften den Schutz der Stadt übernähmen.**

Wenn Falkus gelogen hat, müssen sich die Franzosen mit ihm auseinandersetzen.

* * *

Die Zechenstürmer.

Nur sehr wenige Schachtanlagen im Ruhrgebiet sind freiwillig in den Streik getreten, alle anderen wurden mit Gewalt stillgelegt. Wir verzeichnen davon heute:

Pluto-Wilhelm. 2000 Mann von den Hannibalschächten stürmen den Zechenplatz, demolieren die Steigerstuben, plündern das Magazin, vertreiben die Tagesarbeiter. Zusammenstoß mit der Kommunalpolizei von Wanne. 3 Tote, 40 Verwundete.

Hibernia und **Konsolidation.** Am 28. Mai Belegschaft gewaltsam aus der Grube geholt, ungewaschen durch die Stadt geführt mit Tafeln: „Die Streikbrecher von Hibernia und Konsolidation."

Shamrock I/II am 26. Mai gestürmt, erst 80, dann 200, dann 600 Angreifer. Abwehr der Belegschaft: 1 Toter, 14 Verwundete.

Friedrich der Große I/V am 26. Mai gewaltsam stillgelegt.

König Ludwig I/III am 26. Mai gewaltsam stillgelegt.

Franziska I/II am 24. Mai durch 600—700 Mann stillgelegt.

Franziska-Düren am 24. Mai durch 500—600 Mann von Langendreer stillgelegt. Belegschaft aus der Grube geholt unter Todesandrohung bei Widersetzlichkeit. Am 25. beschloß die Belegschaft mit allen gegen 25 Stimmen zu arbeiten. Bildung einer Abwehr unterblieb, weil man elektrische Anlage nicht gefährden wollte, von der Franziska-Düren, Hamburg, Ringeltaube, Wiendahlsbank, Kaiser Friedrich, Glückauf und Tremonia abhängig sind.

Teutoburgia gewaltsam stillgelegt. Feuer unter den Kesseln herausgerissen.

Viktoria. Gewaltsam in die Grube eingedrungen. Ein Italiener steckt sich in der Grube Zigarette an!

Kourl. Gewaltsam von ein paar hundert Mann gestürmt, meistens Jungens von 18—20 Jahren.

Karolinenglück am 25. Mai gewaltsam stillgelegt. Erst Abstimmung. Als 200 für Arbeit und 17 für Streik, Prügelei seitens der „Hundertschaftler", unsere Verbandsfunktionäre furchtbar mißhandelt.

Goldlöhne — Dollarlöhne?

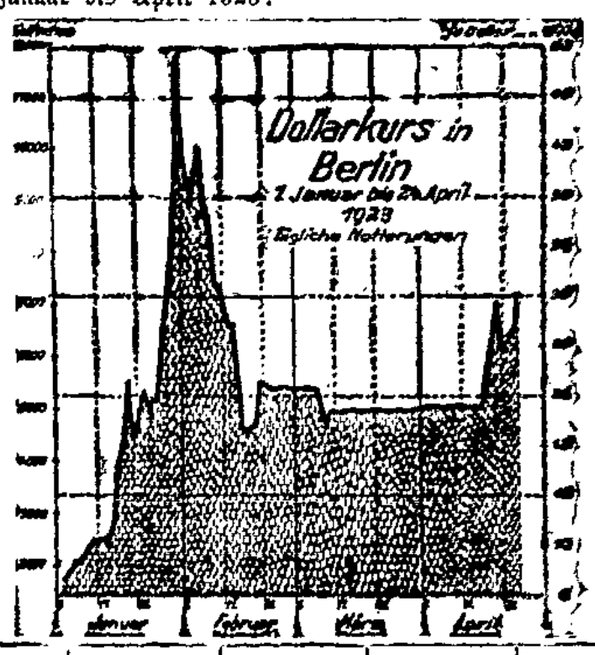
Es gibt eine Klasse von Weichtieren, welche die Eigenschaft haben, unter Umständen eine dunkle Flüssigkeit auszuspritzen, die das Wasser trübt und die Tiere den Blicken ihrer Umwelt entzieht. Man nennt sie Tintenfische. Die Kulissenschieber des jüngsten Kommunistentheaters an der Ruhr haben diesen Tieren manches abgeguckt. Auch sie versuchen sich und ihr Tun hinter einem mit mehr oder weniger großem Geschick erzeugten Parolennebel zu verbergen. Zwar nicht ein neues, aber doch nicht das unwirksamste Stück aus dem Werkzeugkasten dieser Leute ist die Forderung nach Gold- und Dollarlöhnen. Wenn man auch unmöglich alle aufgestellten Parolen kritisch untersuchen kann, es sei denn, man verfügt über die Langeweile der kommunistischen Blechschmiede, so soll doch an diesem Beispiel gezeigt werden, wie wenig Klarheit und Wahrheit solche Schlagworte in sich tragen.

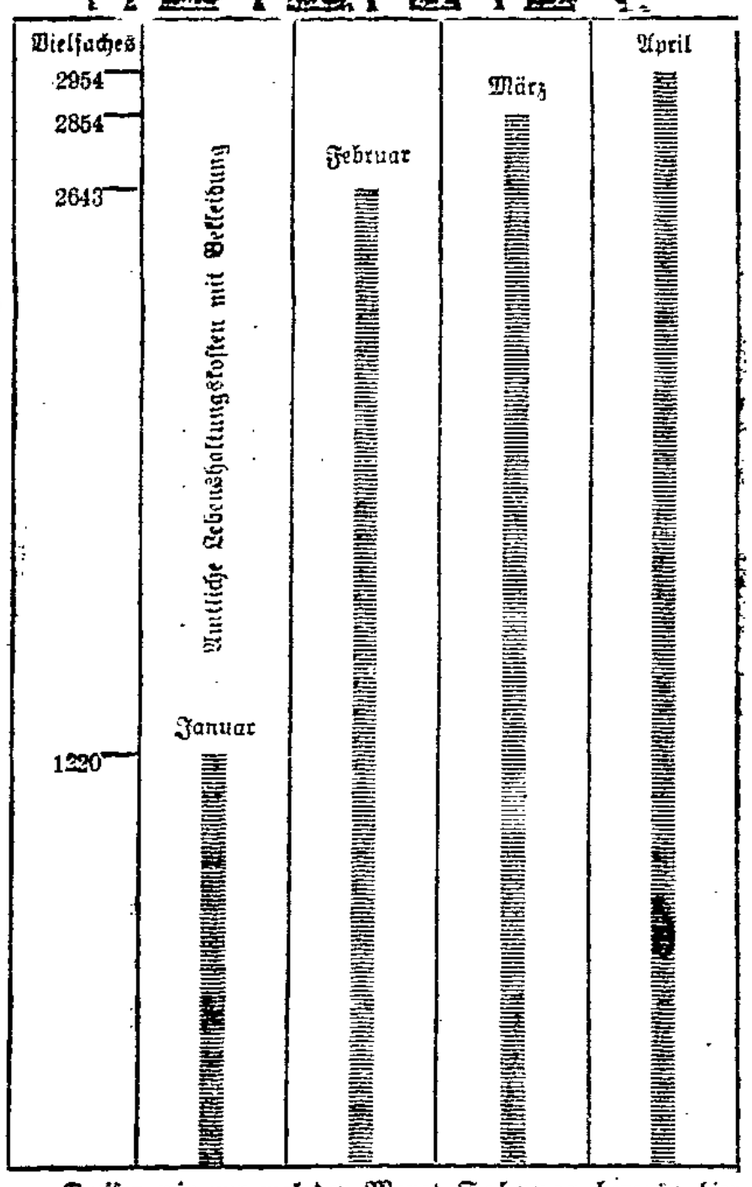
Der Verfall der deutschen Währung im Gefolge des Krieges und des Versailler Vertrages hat eine Kette unheilvollster Erscheinungen in unserem Wirtschaftsleben begründet, die unter dem Sammelbegriff: Geldentwertung bekannt sind. In dem Maße, wie sich die Zahlungsbilanz des Reiches verschlechterte, wie zur Abdeckung innerer und äußerer Verpflichtungen ungeheure Massen von Papiergeld in den Verkehr gepumpt wurden, wie das Vertrauen des In- und Auslandes zu unserer Währung schwand, verringerte sich der Wert unseres Geldes, d. h. die Kaufkraft des Geldes. Die fundamentale Eigentümlichkeit des Geldes beruht nämlich auf der Tatsache — und darin unterscheidet es sich von allen anderen Gütern —, daß es nicht imstande ist, die Bedürfnisse des Menschen zu befriedigen, sondern nur die Kraft besitzt, Dinge zu kaufen, die diese Kraft der Bedürfnisbefriedigung besitzen. Es ist also ziemlich gleichgültig, wieviel Papiermark man als Lohn erhält, entscheidend ist, wieviel Ware man sich für seine Papiermark kaufen kann.

Die Lohnerhöhungen der letzten Jahre hatten nun zum Ziel, die Kaufkraft des in Papiergeld ausgedrückten Arbeitseinkommens zu erhalten, mit anderen Worten, die eingetretene Geldentwertung in der Lohnbemessung auszugleichen. Es ist dies nur in begrenztem Umfange gelungen. Bei jeder Lohnerhöhung trat ein Entbehrungsfaktor in Erscheinung, dessen Ausmaß zwar in jedem Falle verschieden war, aber doch von den Lohn- und Gehaltsempfängern an der Minderung ihrer Lebenshaltung deutlich verspürt wurde. Die Einkommen sind also den Preisen nicht gefolgt. Nun sind eine Reihe durchaus ernst zu nehmender Männer (Tarnow, Mügel usw.) auf den Gedanken gekommen, die bisherige Anpassung der Einkommen auf dem Wege der Nominallohnerhöhungen, d. h. durch Vermehrung der Papiergeldlohnsummen, aufzugeben, um für die Sicherung des vereinbarten Lohnes einen geeigneteren, will sagen stabileren Maßstab zu finden. Diese Männer glaubten einen Ausweg in der Berechnung der Löhne nach dem jeweiligen Goldwerte oder nach dem jeweiligen Auslandskurse der Mark, etwa nach dem Dollarkurse zu sehen. Sie begründen dies einmal mit der Tatsache, daß bei jeder Lohnerhöhung ein unsichtbarer, aber nichtsdestoweniger fühlbarer Abbau des Reallohnes eintrat und daß weite Kreise der Wirtschaft in Handel, Industrie und Landwirtschaft die Mark als Rechnungseinheit durch andere stabile Wertmaßstäbe bereits ersetzt haben und man den Arbeitnehmern nicht zumuten könne, allein die Papiermark als Wertmesser ihres Arbeitseinkommens anzuerkennen. Auf diese Weise solle sich das Einkommen selbsttätig an den wechselnden Kurs der Mark anpassen.

Wenn mans so liest, mags leidlich scheinen, auf den ersten Blick haben diese Vorschläge jedenfalls manches Bestechende für sich. Nur einen Haken haben sie, und der ist so schwerwiegend, daß man sich veranlaßt sehen muß, auch sie mit den schmerzlichsten Gefühlen zu den gut gemeinten aber leider nicht gangbaren Auswegen zu rechnen. Tarnow und auch Mügel — um nur die beiden hervorragendsten Vertreter der Auffassung zu nennen — knüpfen ihre Vorschläge an Voraussetzungen, die gegenwärtig wenigstens noch nicht zu erfüllen sind. Sie gehen von einer Parallelität (Gleichlaufen) der Preisentwicklung zu der Goldwert- bezw. Devisenentwicklung aus. Tarnow schreibt in der „Neuen Zeit", 41. Jahrg. S. 384: „Sie (Die Goldrechnung für den Lohn. Der Verf.) ist nur möglich, wenn sie als gesetzliche Rechnungswährung allgemein eingeführt wird." Dr. Mügel, Staatssekretär im preuß. Justizministerium, glaubt ebenfalls, daß sich die Preise an den wechselnden Geldwert, den er vierteljährlich amtlich festgesetzt wissen will, in gleichem Umfange anpassen. Hier liegt der besagte Haase im Pfeffer. Diese Parallelität zwischen Kurs- und Preisniveau ist nicht vorhanden und nur wer einen blinden Glauben an die Allmacht des Staates hat, kann hoffen, daß sie sich durch ein Gesetz herbeiführen ließe. Die wirtschaftlichen Gesetze sind stärker, als die von irgend einem Parlament beschlossenen, und man würde bald die betrübliche Entdeckung machen, daß, wie in so vielen anderen Dingen, die in unserer Wirtschaft wirksamen Kräfte, die beileibe nicht alle als gesund anzusprechen sind, auf das schönste Gesetz pfeifen würden. Die allgemeine Einführung der Goldrechnung ist mit dem Problem der Stabilisierung der Mark unzertrennlich verknüpft. Wir befinden uns in der Rolle eines Reiters, dessen Pferd vor einem schweren Hindernis ausbrechen will. Gewiß kann er drumrumreiten, will er aber das Rennen machen, muß er springen. Die Stabilisierung der Mark ist nicht durch einen währungspolitischen Kniff herbeizuführen, sondern nur nach Ueberwindung der entgegenstehenden wirtschaftlichen sowie inneren und äußeren politischen Schwierigkeiten, die auch an dieser Stelle hinlänglich erörtert sind.

Nehmen wir mal an, die Forderung nach Dollarlöhnen wäre in den ersten Monaten dieses Jahres erfüllt gewesen. Wie war die Dollarentwicklung, wie die Preisentwicklung? Die beiden nachstehenden Schaubilder zeigen einmal die Kurve des Dollarkurses in Berlin und die Entwicklung des amtlichen Lebenshaltungsindex von Januar bis April 1923:





Greifen wir nur mal den Monat Februar heraus: hier haben wir beim Dollar ein Sinken um die Hälfte und bei dem Lebenshaltungsindex mehr als eine Verdoppelung. Die Freunde der Dollarlöhne hätten also da ein recht fragwürdiges Geschäft gemacht. Im März kann man ebenfalls ein gelindes Sinken des Dollars sehen, während die Lebenshaltungskosten weiter stiegen. Auch das begeistert nicht für Dollarlöhne. Wie aber, wenn man Goldlöhne nimmt? An die Zahlung in richtigem glänzendem Golde denkt doch niemand, es wäre übrigens in der notwendigen Menge auch gar nicht vorhanden, ganz abgesehen davon, daß der Goldvorrat der Reichsbank wie Schnee in der Sonne wegschmilzt. Der Goldwert müßte mithin nach irgendeinem Schlüssel errechnet werden, etwa über den Dollar, oder irgendeine andere Meßziffer. Das Problem verschiebt sich also auf die Frage der geeignetsten Meßziffer (Index) und da wären wir wieder am Anfang. Auch für die Papiermarklohnerhöhungen werden Meßziffern zugrunde gelegt und das Resultat bleibt doch in jedem Falle unbefriedigend. Warum sollte eine andere Meßziffer (für Gold) nun bessere Ergebnisse bringen? Auch sie würde amtlich, das heißt unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, errechnet und mit allen ihren Mängeln gleich wenig nachprüfbar sein.

Wir glauben aber, daß die dreimal revolutionären Spießbürger, welche das sonst verständliche Verlangen nach einer besseren Lohnbemessungsmethode in eine zugkräftige Parole umgegossen haben, solche ernsten Erwägungen überhaupt nicht angestellt haben, daß sie selbst mit ihrer Forderung überhaupt keinen klaren Begriff verbinden, sondern das nachleiern, was andere ihnen eingetrichtert haben. Hätten sie Verständnis für wirtschaftliche Vorgänge, könnten ihnen die oben gezeigten Gegengründe nicht un-

bekannt geblieben sein. Die Gewerkschaften haben, wenigstens die maßgebenden, alle modernen volkswirtschaftlichen Beobachtungsmittel zur Verfügung und prüfen sehr aufmerksam, ohne daß Außenstehende sie dazu anzuhalten brauchen, Mittel und Wege, um die Lage ihrer Mitglieder zu verbessern. Schlagworte machen noch lange keinen Wirtschaftskenner aus, dieser hat vielmehr das Für und Wider eines Planes sorgsam abzuwägen und wird in bejahendem Falle mit aller Energie die Beschreitung eines bessernden Weges verlangen, wie er im verneinenden Falle sich nachdrücklichst denen entgegenstellen muß, die wie hypnotisiert einem Gaukelbild nachjagen, ohne die Gefahr, die sie damit laufen, zu erkennen.

Noch eine andere Frage: Handelt es sich bei der Forderung nach Gold- oder Dollarlöhnen, wie sie beim letzten Ruhrkrawall laut wurde, überhaupt um die Lohnberechnung auf Gold- bezw. Dollarbasis oder nicht vielmehr um die Lohnhöhe? Es scheint, als wenn die radikalen Befürworter der Goldlöhne gerade die Lohnhöhe im Auge haben, die sie damit aufzubessern gedenken. Die oben zitierten Wirtschafter (Tarnow, Mügel usw.) sehen von der Lohnhöhe, die nach wie vor Gegenstand tariflicher Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bleiben soll, vollkommen ab. Tarnow schreibt an der erwähnten Stelle: „Es handelt sich weder um Weltmarktlöhne, noch um Friedenslöhne und überhaupt nicht um eine Lohnhöhe.“ Auch nach Mügels Vorschlage sollen Lohnkämpfe nicht ausgeschlossen sein, ja, er verzichtet ausdrücklich auf Erörterungen über die Angemessenheit der bestehenden Sätze. Die Erhöhung der Löhne durch Aenderung der Lohnberechnungsweise herbeizuführen, ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Die Kaufkraft des Lohnes, und darauf kommt es doch an, ist von der Art und Weise, wie man sie berechnet, ob in Papiermark oder Goldmark oder sonstwie, völlig unabhängig. Die Kaufkraft des Geldes drückt sich vielmehr im Preisniveau aus und auf dieses wirken heute eine Anzahl Faktoren ein (Reparationsfrage z. B.), die außerhalb unserer Willensbeeinflussung liegen. Schließlich bleibt das Maß an Kaufkraft, welches der Arbeiter als Lohn erhält, abhängig von dem Einfluß der Arbeiter als Wirtschaftsfaktor, von ihrer Organisationskraft. Das allein bestimmt innerhalb der natürlichen Grenzen der Lohnpolitik die Lohnhöhe. Solche Grenzen gibt es nach unten und oben. Nach unten liegt sie an dem Pendelpunkt des ehernen Lohngesetzes Lassalleschen Prägung, schließlich an dem Punkt, wo der Lohn eben zur Deckung des physiologischen Existenzminimums ausreicht. Nach oben wird sie bestimmt einmal durch die Höhe des Produktionsertrages der Volkswirtschaft, ferner durch das Minimum des Besitzeinkommens (Rente) und des Unternehmergewinns, das zur Inbetriebhaltung der Produktion erforderlich ist. Das geflügelte Wort: „Ohne Profit raucht kein Schornstein“ drückt das noch deutlicher aus. Vorläufig haben wir noch das kapitalistische Wirtschaftssystem, welches mit den hemdsärmlichen Methoden unserer Spartakisten sicherlich nicht überwunden wird, im Gegenteil, eher fester in den Sattel kommt. Nach jeder Richtung hin bleibt also die in den stürmischen Maitagen an der Ruhr erhobene Forderung nach Gold- oder Dollarlöhnen in den stachlichen Maschen der wirtschaftlichen Wirklichkeit hängen. Be.

Lohnerhöhungen im Bergbau.

Es erhöhen sich die Löhne im Bergbau ab 1. Juni 1923 durchschnittlich je Schicht einschließlich Soziallohn in den einzelnen Revieren wie folgt:

1. Ruhrrevier	(Soziallohn 336 Mk.)	10 000 Mk.
2. Köln	(Soziallohn 336 Mk.)	10 000 „
3. Oberschlesien		9 000 „
4. Niederschlesien		8 460 „
5. Sachsen		8 460 „
6. Niedersachsen		8 000 „
7. Ibbenbüren		8 460 „
8. Mitteldeutschland: a) Kernrevier		8 460 „
b) Randrevier I 92 % der Sätze vom Kernrevier.		
c) Randrevier II 90 % der Sätze vom Kernrevier.		
9. Bayern: Pechkohle		8 460 „
Steinkohle		7 520 „
Braunkohle		7 952 „
Kleine Braunkohlenbetriebe		7 614 „
10. Westerwald-Oberhessen		8 050 „
11. Siegen: Eisenstein		8 516 „
12. Lahn-Dill: Metallerz		7 500 „
13. Kali		8 700 „

* * *

Die Kohlenpreise sind entsprechend der Lohnerhöhung erhöht worden. Fettförderkohle im Ruhrgebiet kostet nunmehr 221 200 Mk. je Tonne, statt bisher 143 510 Mk. Entsprechende Steigerung erfuhren die anderen Sorten und Reviere.

Förderung deutscher Kalisalze in 1922.

Die Förderung von Kalisalzen im deutschen Bergbau betrug im Jahre 1922 nach den in der amtlichen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ mitgeteilten vorläufigen Feststellungen der Kaliprüfungsstelle insgesamt 130,1 Millionen Doppelzentner Rohsalz an effektivem Gewicht (15,1 Millionen Doppelzentner Reinkali K_2O). Die geförderten Mengen verteilen sich auf die einzelnen Bergbaubezirke wie folgt (in 1000 Dz.):

Bezirk	Salz	Reinkali
Hannover	33 933,4	4280,0
Staßfurt-Magdeburg . .	30 467,9	3089,1
Halle, Mansfeld, Unstrut	13 695,6	1413,7
Südharz	25 439,6	3822,4
Werra	26 585,7	3043,8

Der Absatz der Kaliprodukte war während des größten Teiles des Jahres 1922 sehr lebhaft. Er setzte gleich in den ersten Monaten stark ein, so daß sich bereits im 1. Vierteljahr eine beträchtliche Steigerung gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ergab, und zwar trotz der Behinderung des Versands durch den Eisenbahnerstreik im Februar 1922. Sehr zur Belebung trugen die Bezugserleichterungen bei, die erstmals 1922 durch Einführung von sogenannten Sonderrabatten für die sonst verkehrsstillen Sommermonate geschaffen wurden, sowie die für diese Monate bewilligten Frachtermäßigungen. Auch der Herbstabsatz gestaltete sich durchaus befriedigend, insbesondere im November, wo mit einer Absatzmenge von rund 1,2 Mill. Dz. Reinkali die überhaupt höchste Absatzziffer während eines Monats erreicht wurde. Im ganzen Jahre 1922 belief sich der Absatz an Kaliprodukten auf zusammen 48,1 Mill. Dz. an wirklichem Salzgewicht (13,0 Mill. Dz. Reinkali.)

Mit diesen Mengen hat die deutsche Kaliindustrie einen Absatz ihrer Produkte erzielt, der die Absatzziffer des letzten Vorkriegsjahres 1913 (rund 11,1 Mill. Dz. Reinkali) noch um 1,9 Mill. Dz. übertrifft. Gegenüber dem Jahre 1921 mit einem Absatz von 9,2 Mill. Dz. Reinkali bedeutet das Absatzergebnis an Kali im Jahre 1922 eine Steigerung um mehr als 3,8 Mill. Dz. Reinkali sowie eine Erhöhung des Anteils der fabrikatorisch weiterverarbeiteten Kalisalze am Gesamtabsatze von 70 auf 77 Prozent. — Die Ursache der gesteigerten Nachfrage nach höherprozentigen Salzen lag wohl zumeist in der sehr starken Erhöhung der Frachtkosten, die den Bezug hochwertiger Produkte, namentlich zu Düngezwecken, als rationeller erscheinen ließ, als von weniger ergiebigen.

Der Inlandsabsatz, der sich gegenüber dem Jahre 1921 von 7,7 Mill. Dz. auf 9,6 Mill. Dz. Reinkali oder 25 Proz. erhöht hat, umfaßte zum weitaus größten Teil wieder Lieferungen an die Landwirtschaft. Schätzungsweise sind diese mit rund 9 Mill. Dz. Reinkali anzunehmen.

Der Auslandsabsatz von deutschem Kali hat sich während des Berichtsjahres 1922 ebenfalls stark gesteigert, erreichte aber noch nicht die Höhe der Vorkriegszeit. Immerhin konnten die durch den Krieg zerrissenen Fäden wieder nach allen als Absatzgebiete in Betracht kommenden Ländern angeknüpft werden, darunter auch, wenn auch noch in bescheidenen Grenzen, erstmals wieder mit Sowjetrußland. Die Lieferungen an die Vereinigten Staaten von Amerika, die Hauptabnehmer deutscher Kalisalze im Auslande, die vor dem Kriege rund 40 Proz. der gesamten deutschen Kaliproduktion aufgenommen hatten, waren noch stark durch die Konkurrenz der elsässischen Kalilager beeinträchtigt.

Infolge der günstigen Absatzverhältnisse im Inlande waren die in Förderung befindlichen Kaliwerke im Jahre 1922 im allgemeinen ausreichend beschäftigt, so daß die Zahl der in Kaliwerksbetrieben beschäftigten Arbeiter von 39502 am 1. Januar 1922 auf 48683 bis 1. Januar 1923 und die Zahl der Belegschaft der Nebenbetriebe im gleichen Zeitraum von 4742 auf 6604 erhöht werden konnte. Die Gesamtzahl der in der Kaliindustrie Beschäftigten betrug am 1. Januar 1923 55087. Ende 1922 waren 211 Werke gegen 205 Ende 1921 zur Beteiligung am Absatz zugelassen, davon hatten 28 ihren Betrieb stillgelegt. Beteiligt an der Förderung von Kalisalzen waren zu Anfang des Jahres 1922 insgesamt 140 Werke, gegen Ende des Jahres 126 Werke sowie 4 Sonderfabriken. Die übrigen 4 Sonderfabriken haben schon seit längerer Zeit die Produktion von Kalisalzen eingestellt.

Aufrufe der freien Gewerkschaften.

Eine in Essen stattgefundene Konferenz der bei der wilden Streikbewegung im Ruhrgebiet in Frage kommenden Zentralvorstände mit ihren Bezirksleitungen aus dem Ruhrgebiet erläßt folgenden Aufruf:

An die Mitglieder der freien Gewerkschaften!

Durch unverantwortliche Elemente sind die Arbeiter des Ruhrgebietes in blutige Kämpfe gestürzt worden, die viele Tote und Verwundete gekostet haben.

Die Gewerkschaften haben mit diesen Vorgängen nichts zu tun. Alle Opfer an Gut und Blut fallen denen zur Last, die in geradezu verbrecherischer Weise die Not des Volkes ausnützen, um unter dem Schutze der Franzosen ihre politischen Ziele zu erreichen.

Wie konnten sich diese Dinge entwickeln? Der französisch-belgische Ruhreinmarsch hat die deutsche Wirtschaft fast lahmgelegt. Bei fortdauernder Geldentwertung haben Wucher und Spekulation die Preise des unentbehrlichen Lebensbedarfes zu unerschwinglicher Höhe gesteigert. Dem Ansturm gewissenloser Elemente auf die Mark hat sich die Regierung in keiner Weise gewachsen gezeigt. So ergab sich eine katastrophale Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen, der auch das Unternehmertum absolut nicht Rechnung getragen hat.

Diesen Augenblick, wo alles darauf ankam, die Macht der Gewerkschaften zu stärken, um die eingeleiteten Lohnverhandlungen zu einem für die Arbeiter günstigen Ausgang zu bringen,

diesen Augenblick benützen die Kommunisten, um ihre politischen Ziele zu erreichen.

Ihre Hundertschaften trieben die Arbeiter mit Knüppeln, Revolvern aus den Betrieben und hinderten sie gewaltsam an der Arbeit; sie stürzten die Arbeiter in brudermörderische Straßenkämpfe, die zahlreichen Proletariern Leben und Gesundheit kosteten. Unter dem Deckmantel berechtigter Lohnforderungen entfesselten die Kommunisten politische Kämpfe. Aber die Not der Arbeiter wurde dadurch nicht vermindert, sondern erschreckend gesteigert.

Die „Union der Hand- und Kopfarbeiter“ bemächtigte sich der Streikführung. Jetzt, wo ihr die Felle wegschwimmen, bläst sie den Kampf ab. Dabei hat sie

nicht das Geringste erreicht.

Alles, was für die Arbeiter erzielt wurde, ist durch die Verhandlungen der Gewerkschaften herbeigeführt. Die Gewerkschaften werden auch fernerhin die Arbeiter nicht im Stich lassen. Haben sie auch den Streik nicht gewollt, so soll doch versucht werden, durch die unverantwortlichen Schädlinge der Arbeiterbewegung die vermehrte Not in den Arbeiterfamilien zu lindern. Entsprechende Verhandlungen sind eingeleitet. Natürlich wird auch alles geschehen, um berechtigte Lohnansprüche zu befriedigen. Das ist aber nur dann möglich, wenn die Arbeiter aus den letzten Vorgängen lernen und alles daran setzen, die Gewerkschaften zu stärken.

Die Fortsetzung des passiven Widerstandes.

Eine Konferenz der Freien Gewerkschaften und der Bezirksleitungen nahm nach Referaten der Genossen Martmöller und Sollmann folgende Entschließung einstimmig an:

Der passive Widerstand, der von den Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten geführt wird, muß auch während der beginnenden Verhandlungen

mit der bisherigen Energie fortgesetzt

werden. Vorzeitiger Abbruch des Widerstandes würde die Unterwerfung unter den französischen Imperialismus und Militarismus bedeuten. **Die Arbeiterklasse führt den Kampf nicht für die Reichsregierung, die sich schwere Unterlassungen zuschulden kommen ließ, nicht für die deutsche Kapitalistenklasse, die auch in diesen schweren Monaten wiederholt versagte,** sondern für die Zukunft der deutschen Wirtschaft,

also für sich selbst und für das internationale Proletariat.

Nachdem durch Selbstsucht des deutschen Kapitals die Mark tief gestürzt worden ist, muß von der Reichsregierung und dem Unternehmertum alles getan werden, um sofort Gehälter, Löhne, Erwerbslosensätze und Renten den veränderten Verhältnissen anzupassen und die Teuerungswoge zu hemmen. Zur Bekundung des Erfüllungswillens und zur wirklichen Erfüllung der Reparationsverpflichtungen sind ganz andere Leistungen der deutschen Kapitalistenklasse erforderlich, als sie in dem Angebot der deutschen Industrie zum Ausdruck kommen.

Wir verlangen zur Rettung des Reiches wirkliche Opfer des Kapitalismus durch

Erfassung der Sachwerte ohne Gegenleistungen

zugunsten des Kapitals. Jede irgendwie geartete Antastung der deutschen Souveränität in dem bedrohten westlichen Gebiet werde die Arbeitermasse mit Ausdauer entschieden bekämpfen. Sie werde sich auch mit einer internationalen Gendarmerie nicht abfinden.

Alle Kraft für die Deutsche Republik!

Aller Widerstand gegen die imperialistische und militaristische Diktatur!

Aus dem Kreise der Kameraden.

Diese Nummer unserer Zeitung

konnte leider nicht so vielseitig ausgestattet werden, wie es wünschenswert wäre. Notwendig ist aber vor allem eine Stellungnahme zu den Vorgängen im Ruhrgebiet. Außerdem hat unsere Setzerei infolge des Streiks kein Gas zur Verfügung, so daß die Zeitung in Handsatz hergestellt werden mußte.

Machenschaften mit deutschen Gewerkschaftsblättern im besetzten Gebiet.

Zu welchen Mitteln die Besatzungsbehörden greifen, Verwirrung in die standhafte und treu deutschgesinnte Arbeiterschaft des besetzten Gebiets zu bringen, zeigt folgendes:

Man hat schon in deutschen Gewerkschaftsblättern Flugblätter und andere Presseerzeugnisse gefunden, die das Verhalten der Franzosen und Belgier rechtfertigen sollen. Sie gehen dabei nicht ohne Geschick zu Werke, indem sie das, was mehr oder weniger scheinbar zuungunsten des deutschen Standpunktes spricht, in einseitiger Weise auszuschlachten, dagegen das „hochherzige“ Verhalten der Besatzungsbehörden über den grünen Klee loben.

Eine Widerlegung ist im besetzten Gebiet nicht immer möglich, zumal da die Besatzungsbehörden nicht davor zurückschrecken, die **deutsche Arbeiterpresse im besetzten Gebiet mundtot zu machen.** Um nur zwei Beispiele aus neuerer Zeit zu erwähnen: Den „Proletarier“, das Wochenblatt des Verbandes der Fabrikarbeiter, hat man im besetzten Gebiet auf die Dauer von drei Monaten verboten. Die „Metallarbeiter-Zeitung“, die wegen ihrer großen Auflage zum Teil in Duisburg gedruckt werden muß, steht dort unter belgischer Zensur und diese wird seit der Besetzung des Ruhrgebiets schärfer gehandhabt. Wiederholt sind Teile des Inhalts der „Metallarb.-Ztg.“ beanstandet worden. Man hat sogar schon einmal die ganze erste Seite gestrichen. Auch sei nochmals auf das **dreimonatige Verbot der „Bergarbeiter-Zeitung“** hingewiesen. Wer aber gegen Deutschland und besonders gegen die deutsche Regierung schreibt, genießt unbeschränkte Schimpffreiheit.

Wir haben oft genug bewiesen, daß wir die letzten sind, die alle Maßnahmen und Unterlassungen der deutschen Regierung und der deutschen Behörden gutheißen. **Um aber deutsche Fehler zu erkennen, braucht die Arbeiterschaft im besetzten Gebiet keine französischen Brillen!**

Den Kameraden im besetzten Gebiet empfehlen wir Vorsicht! Wenn sie künftig in ihrem Verbandsblatte solche Machwerke finden, so mögen sie sich gesagt sein lassen, daß ihre Verbandsexpedition oder die sonstigen Versand- oder Ausgabestellen sie nicht hineingelegt haben. **Sie sind von Beauftragten der Besatzungsbehörden auf irgendeine Weise hineingeschmuggelt worden!** Unsere Kameraden werden für dieses Papier schon eine seinem Werte entsprechende Verwendung finden.

Zur Ruhrhilfe

schreibt die „Rote Fahne“, „daß die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und der Reichsbund der deutschen Industrie ihre Ruhrgelder nicht mehr der paritätischen Ruhrhilfe zuweisen, sondern, wie aus einem vertraulichen Rundschreiben hervorgeht, einen „industriellen Ausgleichsfonds“ geschaffen haben. Während die Gewerkschaften die Arbeiter auffordern, für die Ruhrhilfe zu spenden, richten die Unternehmer einen Fonds ein, der für offenkundig faschistische, arbeiterfeindliche Zwecke bestimmt ist. Auch die vorgesehenen vierfachen Beträge der von den Arbeitnehmern aufgebrachten Summen sollen diesem Fonds übergeben werden.“

Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie! Weil die Gewerkschaften zum Teil ebenso wie ein Teil Arbeitgeber den einfachen bezw. vierfachen Stundenlohn nicht abführen, deshalb ist diese Sammlung erledigt. Die Gewerkschaften können ihren Stundenlohn behalten und die Arbeitgeber behalten das Ihrige. Von 1—4 Stundenlöhnen der Unternehmer bekommen also jetzt die Arbeiter nichts.

Durch Sachsen-Thüringen.

Dieser Tage erhielt ich einen Brief aus Thüringen, der mich belehrte, daß ich mit einer Bemerkung in dem Reisebericht „Durch Sachsen-Thüringen“ bei einigen dortigen Verbandsangehörigen erheblich ins Fettnäpfchen getreten habe. Und zwar ist es die Stelle, wo ich von dem billigen Kaffee und den recht preiswerten Wurststullen sprach, die es den Kameraden angetan hat. Erstens wären die Stullen nur deshalb so billig gewesen, weil sich die Kumpels bei der Wirtin dafür eingesetzt hätten, zweitens sollten diese billigen Stullen ihnen bei der Lohnbewegung hinderlich sein, drittens, na... ich sollte mich ja nicht wieder dort sehen lassen. Man sieht, daß trotz der traurigen Zeiten den Thüringern der Sinn für Humor noch nicht abgegangen ist. Allerdings hat die Sache auch eine ernste Seite. Das Bestreben der Lohn- und Gehaltsempfänger, gerade ihren Wohnort als den teuersten erscheinen zu lassen, ist verständlich und hinlänglich bekannt. Schließlich gibt es aber eine Teuerungsstatistik, die immerhin erkennen läßt, daß zwischen den verschiedenen Gegenden Deutschlands hinsichtlich der Preisentwicklung nicht unbeträchtliche Unterschiede bestehen, und es bedarf nicht der Erwähnung zweier billiger Wurststullen, um diese Unterschiede auch in der Lohnentwicklung zum Ausdruck zu bringen. Uebertreibungen schaden noch immer, und wer schon eine so harmlose Bemerkung außerhalb des Zusammenhanges zum Anlaß nimmt, Drohungen und Vorwürfe zu erheben, beweist eine Geistesverfassung, mit der man wirklich nicht viel Staat machen kann.

Anderen wiederum hat der Bericht wesentlich besser gefallen. Das Zentralorgan der Union in Halle Nr. 19 rühmt seine Einsicht und ladet mich daraufhin zum gemeinsamen Vorgehen ein. Im übrigen . . . Dr. Borger.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 28. Woche (vom 3. bis 9. Juni) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Bezirk Castrop. In Castrop findet Rechtsschutz statt jeden Montag von 9—12 und von 3—5 Uhr und jeden Dienstag und Mittwoch, vormittags von 9—11 Uhr.

Für Mengede und Umgegend jeden Dienstag nachmittag im Lokale Wiemann in Mengede.

In Jäern jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat, nachmittags 3—5 Uhr, im Lokale Gremme.

Kommission Bochum.

Sonntag, den 17. Juni, morgens 10 Uhr, **Quartalsversammlung** in Witten bei Lohkamp, Röhrchenstraße.

Warnung! Ein gewisser Stephan Wunderlich aus Bochum gibt vor, ein von den Franzosen verurteilter Redakteur des Bochumer „Volksblatts“ zu sein. Dabei legt er sich den Vornamen Ernst bei. Bei Gewerkschafts- und Parteiorganisationen sowie bei einzelnen Funktionären hat er sich schon Unterstützungen zu verschaffen gewußt. Er beruft sich auch auf den Kameraden Husemann vom Bergarbeiterverband und legt eine Unterschrift vom Bochumer Ortsausschuß des ADGB. mit der gefälschten Unterschrift des Genossen Thöne vor. Da Stephan Wunderlich auch von der Polizei gesucht wird, so wird ersucht, ihn verhaften zu lassen.

Mappen für Beitragslisten
(für Unterkassierer) Preis 1500 Mark.

Kameraden, agitiert für den Verband